



Ökonomen und Publizisten gründen neue Partei

Mit Anti-Euro-Parolen in den Bundestag?

Das Euro-Währungsgebiet auflösen - mit dieser Forderung will die "Alternative für Deutschland" (AfD) punkten. Experten werfen den namhaften Gründern der neuen Partei Rechtspopulismus vor. Dass viele Ökonomen das Projekt unterstützen, sei zudem eine "Schande für die Zunft".

Von Patrick Gensing, tagesschau.de

Ein Drittel der Bundesbürger will die D-Mark wieder einführen; mehr als die Hälfte meint, es wäre besser gewesen, den Euro gar nicht erst einzuführen - Ergebnisse aus dem [DeutschlandTrend im August 2012 \(/inland/deutschlandtrend1560.html\)](#). Jüngere [Umfragen \(#\)](#) kommen zu ähnlichen Ergebnissen: Lediglich 65 Prozent der befragten Deutschen sprechen sich dafür aus, am Euro festzuhalten, meldete das Nürnberger Marktforschungsinstitut GfK Mitte Februar. Im Vorjahr lag der Anteil der Euro-Gegner noch höher.



Aussagen zur Euro- und Schuldenkrise

Die europäische Währung bleibt somit auch elf Jahre nach der Einführung in der Bevölkerung umstritten; in der Politik wird der Euro hingegen nicht in Frage gestellt. Die Sehnsucht nach der D-Mark erhält bei den Euro-Skeptikern indes durch Finanzkrise und Sparpakete neue Dynamik - und soll nun auch in den Bundestag getragen werden.

Sorge um die Währung und die Demokratie

Die Euro-Gegner setzen dabei auf eine Mischung aus politischer und ökonomischer Generalkritik an der EU und dem Euro. So wollen unter anderem die Publizisten Konrad Adam und Alexander Gauland sowie der Ökonom Bernd Lucke die "Alternative für Deutschland" (AfD) gründen. Adam umriss in der "Wirtschaftswoche" die Ziele der Partei: Priorität habe "die Sorge um die Währung". Zweiter Schwerpunkt sei die "Sorge um die Zukunft der Demokratie", so Adam.

Hervorgegangen ist die Partei aus der Sammelbewegung "Wahlalternative 2013". Weil der Organisation eigene

Strukturen fehlten und man sich bürgernah präsentieren möchte, kooperierten die Euro-Skeptiker zunächst mit den Freien Wählern. Erfolglos. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen landeten die Freien Wähler bei gerade einmal 1,1 Prozent.



Logo der Partei "Alternative für Deutschland"

Zwar klingt der Plan in der Theorie plausibel, sich gegen die bei Rechtspopulisten oft beschworene "EU-Diktatur" mit bürgernahen Organisationen zu verbünden, doch praktisch funktioniert dieses Bündnis kaum. Während sich regionale Wählergruppen eher mit lokalen Themen beschäftigten, wollen die Euro-Skeptiker das ganz große Rad drehen. Entscheidend sei "eben nicht die kommunale und auch nicht die Landesebene, sondern die Bundesebene und zunehmend die europäische", betonte AfD-Gründer Adam. Dazu kam offenkundig noch direktes Konkurrenzdenken, denn auch die Freien

Wähler setzen bisweilen auf Anti-Euro-Parolen - genauso wie weitere Splitterparteien. Neben der Kritik an der Gemeinschaftswährung spielt bei allen das Thema "direkte Demokratie" im Gegensatz zur EU-Bürokratie eine entscheidende Rolle.

Probleme bei der Abgrenzung

Allerdings haben viele Euro-Gegner immer wieder Probleme, sich klar nach rechts abzugrenzen. In rechtsradikalen Kreisen wird AfD-Gründer und Ökonom Lucke beispielsweise derzeit gelobt, da er in der ZDF-Sendung "Maybritt Illner" von "Propaganda" sprach, weil der Euro als "Friedensprojekt" bezeichnet worden sei. Auf einer rechtsradikalen Internet-Seite heißt es zu der angekündigten Gründung der "Alternative für Deutschland", die unter anderem von Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel unterstützt wird: "Mut macht dabei, dass die Basis der entstehenden Partei aus Finanzexperten und Ökonomen besteht, die sich seit Jahren, honoriert durch Universitäten und Stiftungen, mit Europa als Wirtschaftsraum juristisch und wirtschaftlich auseinandersetzen."

Zitat



"Ich habe gar nicht gewählt, und ich sage Ihnen gerne den Grund: Es gibt für mich derzeit keine Partei, die sich ernsthaft mit Alternativen zur jetzigen Euro-Politik befasst." (*Hans-Olaf Henkel im September 2011 gegenüber tagesschau.de*)

Tatsächlich [finden \(#\)](#) sich zahlreiche Ökonomen auf der Unterstützerliste der AfD. Allerdings stehen viele von ihnen bereits seit Monaten fachlich in der Kritik, da [sie im Juli 2012 in einem offenen Brief \(/wirtschaft/bankenunion100.html\)](#) vehement gegen die Beschlüsse des Euro-Gipfels zu Felde zogen. 172 Wirtschaftsprofessoren hatten den Aufruf unterzeichnet, was bei anderen Wissenschaftlern für Entsetzen sorgte.

Namhafte Forscher, die sonst sehr gegensätzliche Meinungen vertreten, [verfassten gemeinsam einen Gegenaufruf \(/wirtschaft/bankenunion102.html\)](#). Gustav Horn, Thomas Straubhaar, Peter Bofinger und Michael Hüther warfen ihren Kollegen darin eine "von nationalen Klischees geprägte Sprache" vor. Der offene Brief der deutschen Ökonomen baue "ein Schreckgespenst auf und schürt Furcht".

Apokalyptische Szenarien

Auch in der Sprache der "Alternative für Deutschland" geht es eher populistisch zu: Die Bundesrepublik Deutschland stecke "in der schwersten Krise ihrer Geschichte". Die Einführung des Euro habe sich als eine "fatale Fehlentscheidung erwiesen, die unser aller Wohlstand bedroht", heißt es dort. Die Altparteien seien "verkrustet

und verbraucht", der Euroraum solle geordnet aufgelöst werden. "Diese nationalen Untergangsprophetieungen - übrigens im Kontrast zur realen Rolle der deutschen Wirtschaft als Profiteur vom Euro und der EU-Politik - finden sich bei allen rechtspopulistischen Parteien in Europa", betont Alexander Häusler, Politikwissenschaftler an der FH Düsseldorf [im Interview mit tagesschau.de \(/inland/afdhaeusler100.html\)](/inland/afdhaeusler100.html).

Im Kontext der EU-Krise werde über das Euro-Thema versucht, "die breit vorhandenen Ängste vor wirtschaftlichem Kollaps und der Skepsis gegenüber der EU-Krisenpolitik für eine Politik des chauvinistischen Wutbürgertums nutzbar zu machen".

Interview



[\(/inland/afdhaeusler100.html\)](/inland/afdhaeusler100.html)

Anti-Euro-Populismus [\(/inland/afdhaeusler100.html\)](/inland/afdhaeusler100.html) "Die Gefahr liegt in der Verrohung der Politik", sagt der Politikwissenschaftler Alexander Häusler. [\[mehr \(/inland/afdhaeusler100.html\)\]](/inland/afdhaeusler100.html)

Bislang haben rechtspopulistische Parteien in Deutschland, ganz im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten, keinen Erfolg. Dabei werde es vorerst auch bleiben, meint Häusler. Die Zeit zwischen Parteigründung und geplantem Antritt bei der Bundestagswahl sei wohl zu knapp, "um sich wirklich breit aufstellen zu können". Außerdem fehle offenbar die Fähigkeit zur Mobilisierung.

"Schande für die Zunft"

Der Ökonom Gustav Horn kritisiert im Gespräch mit *tagesschau.de* aber das Engagement von zahlreichen Wissenschaftlern für die "Alternative für Deutschland" scharf.



Gustav Horn ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung.

Viele deutsche Ökonomen seien schon immer gegen den Euro gewesen, betonte Horn; erst hätten sie vor der Inflation gewarnt, nun versuchten sie mit "dumpfen Ressentiments" den Euro als prinzipielles Problem darzustellen. Dies sei eine "Schande für unsere Zunft", so Horn. Er warf der Opposition gleichzeitig vor, zu wenig eine eigenständige Richtung bei der Euro-Politik zu entwickeln. Es müsse mehr Debatten über die Euro-Politik geben, auch um viele Dinge zu erklären. Der Euro sei aber nicht das prinzipielle Problem, sondern die falsche Konstruktion, die korrigiert werden müsse.

Politikwissenschaftler Häusler kritisierte zudem, durch den Populismus verrohe die politische Kultur. Dies hatte auch schon der Wissenschaftler Wilhelm Heitmeyer [in seiner Langzeituntersuchung "Deutsche Zustände" betont. \(/inland/deutschezustaende100.html\)](/inland/deutschezustaende100.html) Heitmeyer kam zu dem Ergebnis, dass Abstiegsängste den Mittelstand in Deutschland schon seit der Einführung von Hartz IV plagten - "und sie sind nach der Finanzkrise von 2008 noch stärker geworden". Er sprach von einer verrohenden Bürgerlichkeit: Zivilisierte, tolerante, differenzierte Einstellungen in höheren Einkommensgruppen wandeln sich in unzivilisierte, intolerante Einstellungen.

Die neuen Anti-Euro-Parteien scheinen politischer Ausdruck dieser neuen Rohheit und der gewachsenen Ängste zu sein.

- [Experte zu Rechtspopulisten: "Die Gefahr liegt in der Verrohung" \(/inland/afdhaeusler100.html\)](/inland/afdhaeusler100.html)
- ["Alternative für Deutschland" trifft sich in Oberursel \[hr-online\] \(http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?key=standard_teaser_47757773&type=v&rubrik=34938&mediakey=fs/hessenschau/130311194332_hs_partei_2119\)](http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?key=standard_teaser_47757773&type=v&rubrik=34938&mediakey=fs/hessenschau/130311194332_hs_partei_2119)
- [Ökonomen rufen zu Protest gegen Euro-Beschlüsse auf \(05.07.2012\) \(/wirtschaft/bankenunion100.html\)](/wirtschaft/bankenunion100.html)

- [Studie: "Rohe Bürgerlichkeit und soziale Vereinsung" \(03.12.2010\) \(/inland/deutschezustaende100.html\)](#)
- [Weltatlas: Deutschland \(http://atlas.tagesschau.de/index.php?mode=news&country=deutschland\)](#) [[Flash \(http://atlas.tagesschau.de/index.php?mode=news&country=deutschland\)](#) | [HTML \(http://atlas.tagesschau.de/html/index.php?display_id=507000\)](#)]

Stand: 12.03.2013 10:02 Uhr

© tagesschau.de

tagesschau.de ist für den Inhalt externer Links nicht verantwortlich.